

Essay: Josef Naef

Artikeltags: Albert, Hans; Bush, George W.; Clinton, Bill; Eigennutzenmaximierung; Flassbeck, Heiner; Naef, Josef; Politiker; Reagan, Ronald; Robinson, Joan; Schips, Bernd; Smith, Adam; Tietzel, Manfred; Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik für die Menschen

Die Wirtschaftspolitik braucht eine grundlegende Erneuerung – ein Essay von Josef Naef

Die Wirtschaftspolitik in den ökonomisch entwickelten Volkswirtschaften basiert auf falschen Annahmen. Die Folge: Sie verfängt sich in Symptombekämpfung und Überregulierung, während die Probleme immer größer werden. Es braucht eine fundamentale wirtschaftspolitische Neuorientierung auf der Grundlage neuer Leitideen: Verhinderung menschlichen Leids und Schutz der menschlichen Autonomie.

Die gigantische staatliche Bankenrettung ist noch in bester Erinnerung, und schon sind wir mit einem noch größeren Problem konfrontiert, nämlich der Zahlungsunfähigkeit ganzer Volkswirtschaften – währenddessen die eben geretteten Banken ihr Geschäft längst wieder so betreiben, als ob nichts geschehen wäre. Nicht nur das. Multinationale Unternehmen und superreiche Individuen besitzen – als Kehrseite der Medaille – so große finanzielle Mittel wie noch nie zuvor und übersteigen in ihrer Wirtschaftskraft manche Staaten.

Offensichtlich hat die Wirtschaftspolitik dem nichts entgegenzusetzen. Die Frage ist deshalb: Was läuft falsch in der Wirtschaftspolitik? Für die Beantwortung dieser Frage muss man sich zunächst klarmachen, dass Wirtschaftspolitik auf Annahmen beruht. Das ist auch dann der Fall, wenn diese Annahmen den Wirtschaftspolitikern meistens nicht deutlich bewusst sind. Aber welches sind diese eher unbewussten Annahmen, die das wirtschaftspolitische Denken leiten?

Annahmen und Orientierungsideen der Mainstream-Wirtschaftspolitik

Die Annahmen lassen sich kurz so zusammenfassen: Das Wirtschaftssystem reguliert sich selbst durch Wettbewerb und Marktwirtschaft, wenn der Staat ihm nur die Möglichkeit dazu lässt. Diese Selbstregulation gelingt deshalb, weil die Wirtschaftsakteure durch die staatliche Zurückhaltung die Freiheit erhalten, ihren eigenen Nutzen maximal wahrzunehmen und so das für sie Richtige zu tun. Und wenn, so weiter, alle Wirtschaftsakteure ihren eigenen Nutzen maximal verfolgen, dann ergibt sich für die Gesamtgesellschaft der maximale Wohlstand. Um die Idee wirtschaftlicher Freiheit und Selbstregulation bestmöglich zu realisieren, orientiert sich die Mainstream-Wirtschaftspolitik an den folgenden Orientierungsideen: Deregulierung und Liberalisierung der Wirtschaftsordnung, Privatisierung öffentlicher und halböffentlicher Unternehmen, Flexibilisierung der Arbeitsstrukturen und Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche.

Deregulierung, Liberalisierung und Steuersenkung gewannen über Jahrzehnte hinweg an Gestaltungskraft und gaben der Weltwirtschaft ihr heutiges Gesicht. Drei Fakten:

Erstens: Ausgehend von den USA verloren die Bankinstitute ihre gesetzlichen Fesseln, die man ihnen angelegt hatte, als sich in den 1920er-Jahren der Laissez-faire-Kapitalismus als katastrophaler Irrtum erwiesen hatte: Ronald Reagan befreite im Jahre 1982 die regionalen Sparkassen von staatlichen Vorschriften, Bill Clinton "beerdigte" 1994 weitere Bankengesetze aus den 1920er-Jahren, und mit George W. Bush wurde es den Investmentbanken schließlich möglich gemacht, ihre Geschäfte unbegrenzt auf Pump zu finanzieren.

Zweitens: Unternehmen konnten sich im Zuge der weltweiten Öffnung der Märkte – insbesondere der Kapital- und Arbeitsmärkte – zu Giganten formieren. So kontrollieren die 100 größten Unternehmen mittlerweile etwa 70 Prozent des gesamten Welthandels. Diese Unternehmen sind nicht nur umsatzstärker als das Sozialprodukt ganzer Volkswirtschaften, sondern verfügen

aktuell auch über mehr finanzielle Ressourcen als einzelne Staaten. Drittens: In den USA wurden die Steuern für reiche Menschen so weit reduziert, dass diese heute weniger als 20 Prozent Steuern bezahlen, während die übergroße Mehrheit der Amerikaner zwischen 33 und 41 Prozent abliefern muss. Und seit Mitte der 1990er-Jahre wurde der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz der EU-Mitgliedstaaten von 38 auf 25,8 Prozent reduziert, während in der Schweiz im Jahre 2008 eine Unternehmenssteuerreform beschlossen wurde, die Unternehmen um Milliarden entlastet, den übrigen Wirtschaftsakteuren aber zusätzliche Lasten auferlegt.

Nun ist die zentrale Leitidee – die Selbstregulation mithilfe der Eigennutzenmaximierung – untrennbar mit der ökonomischen Lehre verbunden. Bereits Adam Smith, der Moralphilosoph und Begründer der modernen Volkswirtschaftslehre, hatte die Idee eines selbstregulierenden Systems. Nach seiner Theorie führen die beiden natürlichen Neigungen Selbstinteresse und Mitgefühl zu einer Harmonie, bei der Reichtum, Wohlstand und Gerechtigkeit – nach einem göttlichen Plan – möglich werden. Etwa 100 Jahre später versuchten Ökonomen der Neoklassik Smiths Metapher der "unsichtbaren Hand" in ein funktionierendes Gleichgewichtssystem zu transferieren – ein Gedanke, der von der Physik inspiriert war. Und mit dem Neoliberalismus, der sich als wirtschaftspolitisches Projekt, ausgehend von Chile, Großbritannien und den USA, über mehrere Jahrzehnte hinweg außerordentlich erfolgreich verbreitete, vermochten die Ideen des Marktfundamentalismus und der größtmöglichen Handlungsfreiheit die Wirtschaftspolitik der meisten industrialisierten Volkswirtschaften (mehr oder weniger) zu durchdringen. Die konkreten wirtschaftspolitischen Handlungsmaximen sind seither: Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung, Flexibilisierung und Steuersenkung.

Die Folgen einer Politik der Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung, Flexibilisierung und Steuersenkung

Große Bankinstitute verfolgten ihre zugestandenen Freiheiten entfesselt und hemmungslos – selbst über gesetzliche Schranken hinweg. In der Folge mussten viele Staaten ihre Banken mit unvorstellbar großen Summen retten und die Konjunktur stützen, wodurch die Staaten selbst finanziell enorm geschwächt wurden. Mit der Idee der Selbstregulierung durch Wettbewerb in praktisch jedem Bereich entstand im Weiteren ein ruinöser Steuerwettbewerb unter den Nationen. Es gilt: Wer nicht mitmacht, büßt seine Wettbewerbsfähigkeit ein und muss die Abwanderung großer Unternehmen sowie superreicher Individuen in Kauf nehmen. Das Ergebnis: Die im Steuerwettbewerb konkurrierenden Volkswirtschaften werden zunehmend am Gängelband multinationaler Unternehmen geführt und müssen darüber hinaus wegen der Steuersenkungen auch noch mit weniger Steuereinnahmen auskommen. Das ist aber noch nicht alles: Beim Standortwettbewerb sind nicht die Konsumenten die lachenden Dritten – was die eigentliche Idee des Wettbewerbs ist –, sondern in allererster Linie die multinationalen Unternehmen sowie die großen, auf kurzfristige Gewinne ausgerichteten Investoren.

Die Sinnlosigkeit des Steuerwettbewerbs unter den Volkswirtschaften lässt sich gut mit der Kino-Metapher von Joan Robinson verdeutlichen: Wenn in einem vollbesetzten Kino ein Zuschauer aufsteht, wird er seine Situation zwar verbessern, aber nur für kurze Zeit. Denn bald werden alle aufstehen – und damit geht sein Vorteil wieder verloren. Eigentlich hat sich die Situation nun sogar verschlechtert, denn bald tun allen die Füße weh.

Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung, Flexibilisierung und Steuersenkung haben indessen Auswirkungen nicht nur auf die Finanzkraft der Staaten, sondern auch auf die Moral und die Sphäre des Sozialen und Gesellschaftlichen.

Die Armut in den ökonomisch fortgeschrittenen Volkswirtschaften wächst besorgniserregend. Die Amerikaner beispielsweise sind heute ärmer als vor 30 Jahren – jeder siebte US-Bürger lebt in Armut. Ebenso hat die materielle Ungleichheit zwischen den Menschen in den ökonomisch entwickelten Ländern ein Ausmaß angenommen, das mit dem zentralen moralischen Wert Gerechtigkeit unvereinbar ist. In der Schweiz besitzen drei Prozent der reichsten privaten Steuerpflichtigen gleich viel Nettovermögen wie die restlichen 97 Prozent, wobei das Vermögen der 300 Reichsten in den letzten Jahren von 86 Milliarden auf 449 Milliarden angewachsen ist. Und global gesehen gehören zehn Prozent der Reichsten 85 Prozent des gesamten Weltvermögens. Schon beinahe gewöhnt haben wir uns an die Tatsache, dass Topmanager exorbitante Gehälter und Bonuszahlungen kassieren – und zwar selbst bei rückläufigen Unternehmensgewinnen –, während die normalen Mitarbeiter bereits zufrieden sein müssen,

wenn sie mit ihrer Gehaltsaufbesserung die Kaufkraft erhalten können. Noch schlechter geht es den Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit in relativer Armut leben. Wegen der Flexibilisierung der Arbeitsstrukturen konnte sich das Phänomen "Working Poor" in praktisch allen industrialisierten Volkswirtschaften ausbreiten, in Deutschland sogar noch stärker als in den USA. Bei der Jugendarbeitslosigkeit muss man sogar von einer dramatischen Situation sprechen, sind doch in Spanien 46,4 Prozent der schlecht und 27,4 Prozent der gut ausgebildeten jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren ohne Arbeit. Und in Italien ist inzwischen jeder dritte Jugendliche arbeitslos.

Darüber hinaus hat die Flexibilisierung zu ständig wachsenden Anforderungen an die Mitarbeiter und Führungspersonen geführt. Burn-out ist zum Massenphänomen geworden und allein im EU-Raum schlucken Millionen von Menschen regelmäßig Psychopharmaka, um dem Leistungsdruck standhalten zu können. Und – als ob das nicht schon genug wäre – es wird die Zerstörung der lebensnotwendigen Umwelt – nach wissenschaftlichen Methoden beurteilt – auch in unseren Regionen immer deutlicher sichtbar. Es ist offensichtlich ein Irrtum, dass aus der Maximierung des Eigennutzens eine Selbstregulation erwächst, die einer möglichst großen Zahl von Menschen größtmöglichen Wohlstand beschert.

Eigennutzenmaximierung – ein fataler Irrtum

Was ist falsch an der ökonomischen Lehre von der Selbstregulation mithilfe der Eigennutzenmaximierung im Wirtschaftsgeschehen? Die Antwort ist einfach: Die von bedeutenden Wirtschaftsakteuren tatsächlich praktizierte Eigennutzenmaximierung führt nicht zu einer Selbstregulation und zu einem Gleichgewicht hinsichtlich eines größtmöglichen Wohlstandes, sondern zieht große moralische, soziale und gesellschaftliche Probleme nach sich. Genau besehen hat die Mainstream-Ökonomie die formallogische Stimmigkeit eines Gleichgewichts oder einer Selbstregulation nur dadurch erreicht, dass sie die komplexen realen Wirtschaftsverhältnisse außer Acht ließ und insbesondere vom überaus komplexen menschlichen Handeln abstrahierte.

Mit den Worten von Hans Albert, einem der scharfsinnigsten Kritiker der Mainstream-Ökonomie: "Nach unserer bisherigen Darstellung erschöpft sich die statische Theorie im Grunde genommen in der Definition eines fiktiven Gleichgewichtszustandes, der mit gewissen ökonomischen ‚Vorzügen‘ ausgestattet erscheint und daher häufig als wirtschaftspolitisches Ideal angesehen wird. Irgendeine darüber hinausgehende Realbedeutung kann den Aussagen dieses theoretischen Systems bei unvoreingenommener Betrachtung nicht zugestanden werden." (1) Empirisch ist die Theorie einer durch Eigennutzenmaximierung zustande kommenden Selbstregulation, die zu einem Gleichgewichtszustand führt, nicht haltbar. Dass sie dennoch die Grundlage der Wirtschaftstheorie wie der praktischen Wirtschaftspolitik bildet, hängt auch damit zusammen, dass selbst die Mainstream-Ökonomen nicht immer sorgfältig zwischen Theorie und Praxis zu unterscheiden vermögen.

Der (Nicht-Mainstream-)Ökonom Manfred Tietzel schreibt dazu: "Unglücklicherweise wurde der gelungene formale Existenzbeweis [des Gleichgewichts respektive der Selbstregulation, JN] von vielen Ökonomen kritiklos für eine Realaussage gehalten, der Nachweis der *logischen* Möglichkeit sozialer Harmonie für den Beweis ihres *empirischen* Vorliegens genommen. Von dort war der Weg nicht weit dahin, diese Aussage auch *normativ* als Kennzeichnung eines wünschenswerten Zustandes zu interpretieren." (2) Und der frühere Leiter der Konjunkturforschungsstelle der ETH Bernd Schipps schreibt: "Die quasi dogmatische Fixierung auf den neoklassischen Gleichgewichtsautomatismus bestimmt gegenwärtig die Problemwahrnehmung, die Lageanalyse und die daraus resultierenden wirtschaftspolitischen Empfehlungen." (3)

Wirtschaftspolitische Maßnahmen – Bekämpfung von Symptomen statt von Ursachen

Doch was geschieht, wenn die Wirtschaftspolitik Maßnahmen ergreift, die von Modellen ohne empirische Gültigkeit abgeleitet werden? Die allgemeine Antwort ist kurz: Es besteht die große Gefahr, dass die Maßnahmen ihre Ziele nicht erreichen und stattdessen die Situation sich sogar verschlechtert. Konkreter gesagt: Die Wirtschaftspolitik führt der Tendenz nach zu

schwerwiegenden moralischen, sozialen, gesellschaftlichen und finanziellen Problemen, die durchaus das Potenzial haben, die soziale Ordnung auseinanderbrechen zu lassen.

Damit aber noch nicht genug: Weil die wirtschaftspolitischen Maßnahmen ihr Ziel oft nicht erreichen, die Probleme aber nichtsdestotrotz angegangen werden müssen, haben sich in den letzten Jahrzehnten eine Symptombekämpfung und – paradoxerweise – eine Überregulierung auf nationalstaatlicher Ebene durch die politischen Regimes etabliert. Mit anderen Worten: Die international durchgeführte Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung, Flexibilisierung und Steuersenkung führen zu einer nationalstaatlichen Überregulierung, weil die Symptombekämpfung ins Leere laufen muss – eben weil diese Orientierungsideen weitgehend kritiklos als allgemeingültige Rezepte angewendet werden. Am deutlichsten wird dies am immensen Ausbau des Sozialstaates, und hier haben die neoliberalen Orientierungsideen wohl auch ihre finanziell schwerwiegendsten Folgen. Denn: Wenn Unternehmen ihre soziale Verantwortung nicht mehr wahrnehmen und Tausende von Menschen auch dann entlassen werden (dürfen), wenn Gewinne und Cash-Bestände in Milliardenhöhe vorliegen, dann müssen die politischen Regimes Einrichtungen schaffen, die diese Defizite kompensieren. Dass die Konsequenzen verheerend sein werden, wenn diese sozialen Einrichtungen nun im Zuge der staatlichen Sparbemühungen reduziert werden, liegt auf der Hand.

Es braucht eine neue Wirtschaftspolitik

Die derzeitige Wirtschaftspolitik muss in mindestens fünf Punkten dringlich erneuert werden:

Erstens muss die Selbstregulationsfiktion der Erkenntnis weichen, dass es keine allgemeingültigen Methoden und keine allgemeingültigen wirtschaftspolitischen Rezepte gibt, die zu jedem Zeitpunkt und für alle Volkswirtschaften gleichermaßen gültig sind. Die Wirtschaftspolitik braucht einen flexiblen Einsatz von Instrumenten abhängig vom jeweiligen Zustand einer Volkswirtschaft. Dabei können Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung, Flexibilisierung und Steuersenkung sehr wohl adäquate Mittel sein, um den Wohlstand eines Volkes zu mehren, in den meisten ökonomisch fortgeschrittenen Volkswirtschaften erscheint hingegen eine stärkere Regulierung der Macht- und Geldverhältnisse als unumgänglich.

Zweitens muss die Politik ein Äquivalent zum globalisierten Wirtschaftssystem errichten, in dem die Wirtschaftspolitik supranational zuverlässig und berechenbar koordiniert wird. Heiner Flassbeck sagt zu Recht: "Der entscheidende Fehler der internationalen Politik in den vergangenen Jahrzehnten war die Ignoranz gegenüber der schlichten Einsicht, dass die globalisierte Wirtschaft globale Regeln in allen Bereichen braucht." (4)

Drittens braucht die international koordinierte Wirtschaftspolitik eine neue Vision. Diese Vision sollte sich neu an zwei kulturell weitgehend unabhängigen Leitideen orientieren, nämlich an der Verhinderung menschlichen Leids und am Schutz der menschlichen Autonomie. Diese neuen Orientierungsideen schließen die überaus wichtige Arbeitsplatzfrage mit ein, werfen aber die Frage auf, wie sinnvoll es ist, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten, wenn dadurch negative gesellschaftliche, soziale und moralische Auswirkungen zu erwarten sind. Dies ist beispielsweise bei der Produktion von Kriegswaffen, Gewaltspielen, Baby-TV-Sendungen oder bei Produkten, die die Umwelt zerstören, der Fall.

Viertens verfolgt die neue Wirtschaftspolitik konsequent den Weg vom quantitativen Wachstum zum qualitativen. Sie erkennt, dass das ständige Bemühen um quantitatives Wachstum in Volkswirtschaften mit hoher Marktsättigung in fast allen Branchen negative Folgewirkungen erzeugt. Die neue Wirtschaftspolitik will die Menschen nicht mit immer noch mehr materiellen Gütern glücklich machen, sondern überlässt das Lebensglück der menschlichen Selbstverantwortung und schafft Voraussetzungen für eine Neuorientierung des Begriffs "Glück".

Fünftens nimmt die neue Wirtschaftspolitik die ökologische Bedrohung endlich ernst. Sie begnügt sich nicht mit Lippenbekenntnissen oder Schönfärberei, sondern akzeptiert die Verantwortung gegenüber den späteren Generationen. Die neue Wirtschaftspolitik erkennt, dass es vor allem die ökonomisch fortgeschrittenen Volkswirtschaften sind, die Verantwortung übernehmen müssen.

Eine neue Wirtschaftspolitik braucht andere Politiker

Unsere Gesellschaft lässt es zu, dass wichtigste politische Funktionen durch Menschen besetzt werden, die vor allem ihr Eigeninteresse in der Form des Strebens nach Macht und Geld befriedigen und darüber hinaus häufig nicht ausreichend für die übernommenen Aufgaben qualifiziert sind. Mit diesen Politikern lässt sich die neue Wirtschaftspolitik nicht gestalten! Der neue Typus eines Politikers zeichnet sich durch folgende Prinzipien aus:

Erstens weiß er, dass moralische Werte wie Freiheit, Wahrheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Verhinderung von Leid für die gesellschaftliche Ordnung von großer Bedeutung sind und dass Menschen in hohen Funktionen die Aufgabe haben, diese Werte vorbildhaft zu vertreten.

Zweitens pflegt dieser neue Typus eine kritische Einstellung nicht nur gegenüber sich selbst, sondern auch gegenüber dem Mainstream-Denken. Der neue Typ Politiker bemüht sich, durch Reflexion und Selbstkritik, aber auch durch die Annahme von Fremdkritik zu lernen und Schwächen zu verbessern, anstatt sie schönzureden.

Drittens hält der neue Typus die Bevölkerung nicht für dumm, sondern zeigt sich ihr gegenüber respektvoll und sorgt immer wieder dafür, die politischen Möglichkeiten mit den Erwartungen seitens der Bevölkerung in Übereinstimmung zu bringen. Er ist bereit, die Menschen mit unangenehmen Aussagen zu konfrontieren, sodass jene sich frühzeitig auf bevorstehende Veränderungen einstellen können, um so die Handlungsfreiheit zu erhalten.

Viertens ist der neue Politiker der Wahrheitsidee verpflichtet. Anstatt an der subjektiven Sichtweise so lange wie nur möglich festzuhalten und von anderen Menschen (stillschweigend) die Bestätigung der eigenen Meinung zu fordern, besteht die Bereitschaft, die eigenen Ansichten nach allgemeinen Maßstäben zu prüfen.

Fünftens sorgt sich der neue Typus eines Politikers um einen achtsamen Umgang mit der Macht. Die Annahme von Macht dient nicht in erster Linie dem eigenen Selbstwertgefühl, sondern bewirkt großes Verantwortungsbewusstsein. Der neue Typus kann am Gemeinwohl orientierte Kriterien angeben, unter denen er auf die politische Macht zu verzichten bereit ist.

Die Chancen für eine neue Wirtschaftspolitik sind da

Im Grunde genommen waren die Möglichkeiten, alle Menschen mit dem existenziell Notwendigsten zu versorgen, noch nie besser wie heute. Ebenso standen noch nie derart umfangreiche und zuverlässige wissenschaftliche Erkenntnisse zur Verfügung, die sehr wohl für das Wohl der weltweiten Bevölkerung verwendet werden können. Und noch nie in der Geschichte der Menschheit konnten so viele Menschen unterschiedliche Lebensentwürfe wählen.

Dennoch besteht die große Gefahr, dass nicht nur der ärmere Teil der Erdbevölkerung auch in der Zukunft von diesen Errungenschaften ausgeschlossen bleibt, sondern den Menschen in den ökonomisch entwickelten Volkswirtschaften Erreichtes quasi "durch die Hintertür" wieder weggenommen wird. Es liegt an uns, an jedem einzelnen Menschen, dazu beizutragen, dass wir die Wirtschaftspolitik erneuern und Politiker wählen, die die Zeichen der Zeit erkennen und sich für eine gemeinwohlverträgliche Gestaltung der Wirtschaft einsetzen.

Die Tatsache, dass sehr viele junge Menschen sensibel gegenüber gesellschaftlichen, moralischen und sozialen Problemen reagieren und ihrer Skepsis gegenüber dem politischen System Ausdruck verleihen, darf uns durchaus zuversichtlich stimmen.

Dr. phil. Josef Naef ist Professor für Wirtschaftsethik an der Berner Fachhochschule.

- (1) H. Albert: *Ökonomische Theorie als politische Ideologie*, Tübingen 2009, S. 39
- (2) M. Tietzel: "Die Rationalitätsannahme in den Wirtschaftswissenschaften oder Der homo oeconomicus und seine Verwandten", in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft* 32 (1981), S. 124
- (3) B. Schips: "Mainstream economics" und das alltägliche ökonomische Geschehen, Abschiedsvorlesung an der ETH Zürich, 31. Januar 2005, S. 11 f. (Link siehe rechte Spalte)
- (4) H. Flassbeck: *Gescheitert. Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2009, S. 130



Lined area for writing the article content.